

1.1 Koordinierungsmechanismen idealtypischer Wirtschaftssysteme und Elemente der sozialen Marktwirtschaft

1.1.1 Wirtschaftssysteme und deren Koordinierungsmechanismen

Alle Wirtschaftssubjekte werden ihre Aktivitäten individuell planen. Es kann natürlich nicht davon ausgegangen werden, dass alle diese individuellen Pläne sich automatisch aufeinander abstimmen. Die Gesamtwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Einzelpläne **koordiniert** werden.

Zentrale Fragen dabei sind:

- Wer soll bestimmen,
- was,
- wie und
- wo produziert wird?
- Wie soll die Verteilung der produzierten Güter erfolgen?

Wirtschaftssysteme sind gedankliche Modelle der tatsächlich existierenden Wirtschaftsordnungen. In ihnen werden die wesentlichen Elemente einer Wirtschaftsordnung analysiert und zusammengefasst. Kernbausteine eines Wirtschaftssystems sind dabei

- der Koordinationsmechanismus und
- die Eigentumsordnung, d. h. die Beantwortung der Frage, ob die Produktionsmittel einer Volkswirtschaft sich in Privateigentum oder in Gemeineigentum befinden.

1.1.1.1 Das System der freien Marktwirtschaft

Das System der freien Marktwirtschaft hat seine geistigen Grundlagen in den Ideen des klassischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt stand die Freiheit des Individuums. Aus diesem Grunde entwickelte der klassische Liberalismus auf wirtschaftlichem Gebiet Theorien, die von dem Recht auf Privateigentum und von der individuellen Planung der Wirtschaftssubjekte ausgingen. Adam SMITH, einer der bedeutendsten Ökonomen des klassischen Liberalismus, vertrat die These, dass eine Wirtschaftsordnung, die auf der Freiheit der privaten Produzenten beruht, den Wohlstand einer Nation garantiere.

Materielle Grundlage für die Entstehung der freien Marktwirtschaft war die zunehmende Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert, die zu einer verstärkten Arbeitsteilung führte.

Der Warenaustausch zwischen den Wirtschaftssubjekten war vorherrschend geworden – im Gegensatz zur Naturalwirtschaft des Mittelalters.

Die **freie Marktwirtschaft** ist gekennzeichnet durch

- Privateigentum an Produktionsmitteln,
- dezentrale Planung durch die einzelnen Wirtschaftssubjekte,
- Koordination der Wirtschaft durch den Preismechanismus und Wettbewerb auf den Märkten (Näheres siehe Abschnitt 1.3),
- Gewinnmaximierung der Unternehmen und Nutzenmaximierung der privaten Haushalte als Motive für wirtschaftliche Entscheidungen.

Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu, grundlegende Bedingungen für den Wettbewerb an Märkten durch Garantie grundlegender Freiheitsrechte zu schaffen.

Zu diesen Freiheitsrechten gehören:

- Vertragsfreiheit,
- Gewerbefreiheit,
- freie Berufswahl,
- Schutz des Eigentums.

Darüber hinaus hat der Staat für den äußeren und inneren Schutz durch Armee und Polizei zu sorgen und die Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Direkte wirtschaftliche Aktivitäten soll der Staat nicht entfalten.

Mit dem Entstehen der freien Marktwirtschaft entwickelte sich die Industrialisierung stürmisch voran und setzte große wirtschaftliche Kräfte frei. Aufgrund fehlender Sozialgesetze und der weitgehenden Rechtlosigkeit der abhängig Beschäftigten führte diese Entwicklung allerdings auch zur Vereinigung großer Bevölkerungsteile.

Durch den Konkurrenzkampf kam es zur Verdrängung schwächerer Unternehmen vom Markt und zur Entwicklung großer Konzerne und Monopole. Deren Marktmacht drohte den Wettbewerb, der Grundlage der Marktwirtschaft ist, zu unterbinden.

1.1.1.2 Das System der Zentralverwaltungswirtschaft

An diesen Entwicklungen setzte die Kritik sozialistischer Kräfte am Kapitalismus an. Als wichtigste Strömung entstand dabei der Marxismus. Grundlegende Idee des Marxismus war, die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische und später kommunistische Gesellschaftsordnung abzulösen, um damit die kritisierte Ausbeutung der Menschen abzuschaffen und die soziale Gleichheit herzustellen.

In der praktischen Realisierung dieser Ideen sollte das Privateigentum an Produktionsmitteln durch das Gemeineigentum (in Form von Volkseigentum und Genossenschaftseigentum) ersetzt werden und der marktwirtschaftliche Koordinierungsmechanismus durch eine **zentrale Planung** ersetzt werden. Aus diesem Grunde wird dieses Wirtschaftssystem als Zentralverwaltungswirtschaft bezeichnet.

Gekennzeichnet wird es durch:

- Gemeineigentum an Produktionsmitteln,
- zentrale staatliche Planung,
- staatliche Koordinierung der Wirtschaft,
- Planerfüllung als Motiv wirtschaftlichen Handelns.

In der Realität konnten die sozialistischen Planwirtschaften nicht die Effektivität der Marktwirtschaft erreichen, da sich eine zentrale Planung als außerordentlich schwierig und fehlerhaft erwies und eine hinreichende Motivation der Wirtschaftssubjekte fehlte. Bis auf wenige Ausnahmen sind die ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften zu Marktwirtschaften konvertiert.

Grundlegende Unterschiede zwischen den Systemen der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sollen in der nachfolgenden Abbildung nochmals aufgezeigt werden.

1.1.1.3 Die soziale Marktwirtschaft

Die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft wurde in der Bundesrepublik Deutschland von Vertretern des Neoliberalismus entwickelt. Grundidee ist die Verknüpfung der Vorteile der Marktwirtschaft mit der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit.

Die Koordination der Wirtschaft erfolgt durch Wettbewerb und Preismechanismus. Grundlage dafür ist das Vorherrschen von privatem Eigentum an Produktionsmitteln. Die Wirtschaftssubjekte können individuell ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten planen. Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes sowie Freizügigkeit sind gesetzlich garantiert.

Allerdings erhält der Staat weitreichendere Aufgaben als in der idealtypischen Marktwirtschaft. Er hat die Aufgabe, den freien Wettbewerb zu schützen und in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, um soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Demnach erfüllt die soziale Marktwirtschaft die Kriterien eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems; es handelt sich nicht um ein eigenständiges Wirtschaftssystem, sondern um eine besondere **Ausprägung** der Marktwirtschaft, wie sie in den Grundzügen in Abschnitt 1.1.1.1 beschrieben wurde.

	Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
Planungsordnung	dezentral	zentral
Lenkungsmechanismus	Marktpreisbildung	staatliche Preisfestsetzung, zentrale Planbehörde
Eigentumsordnung	Privateigentum an Produktionsmitteln vorherrschend	Kollektiveigentum an Produktionsmitteln vorherrschend
Motivation	Gewinn- und Nutzenmaximierung	Planerfüllung

Unterschiede zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft

1.1.2 Alternative Ordnungsrahmen der Wirtschaft

Wirtschaftssysteme als gedachte idealtypische Modelle realisieren sich in Form von real existierenden Wirtschaftsordnungen. Unter Wirtschaftsordnung versteht man die Gesamtheit aller Gesetze, Verordnungen, Regelungen, Gebräuche und Beziehungen, die den Aufbau und den Ablauf einer Volkswirtschaft koordinieren.

Aufgrund dieser real existierenden Ordnungsrahmen können sich Volkswirtschaften, welchen dasselbe Wirtschaftssystem zu Grunde liegt, sehr stark voneinander unterscheiden. So sind in den verschiedenen Marktwirtschaften die Eingriffsmöglichkeiten des Staates sehr unterschiedlich geregelt. Das betrifft insbesondere die unterschiedlichen existierenden Sozialsysteme. Andere Beispiele für unterschiedlich ausgeprägte Ordnungsrahmen sind Umweltpolitik und Subventionspolitik.

Ein besonderer Ordnungsrahmen für ein marktwirtschaftliches System wurde mit der sozialen Marktwirtschaft geschaffen, die in Abschnitt 1.1.1.3 schon kurz beschrieben wurde. Die Aufgaben des Staates in diesem Rahmen sollen im folgenden Abschnitt näher beschrieben werden.

1.1.3 Elemente der sozialen Marktwirtschaft

Die wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Staates im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft gliedern sich in vier Schwerpunkte:

- Ordnungspolitik,
- Strukturpolitik,
- Prozesspolitik,
- Sozialpolitik.

Ordnungspolitik

Durch Gesetze und Verordnungen schafft der Staat die rechtlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens. Bereits vorhandene Gesetze, wie das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Gewerbeordnung, werden der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung angepasst.

Eine besonders wichtige Rolle spielt in der sozialen Marktwirtschaft die Wettbewerbspolitik. Um den Wettbewerb zu schützen, wurde z. B. das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB – (»Kartellgesetz«) beschlossen und das Kartellamt gegründet (Näheres siehe Abschnitt 1.3). In den letzten Jahrzehnten hat die Umweltpolitik stark an Bedeutung zugenommen.

Strukturpolitik

Der Staat hat die Aufgabe, die allgemeinen Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivitäten herzustellen und zu verbessern, z. B. durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen. Darüber hinaus sollen stark unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Branchen und Regionen durch strukturpolitische Maßnahmen ausgeglichen werden. Beispiele dafür sind Investitionshilfeprogramme für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern oder Hilfen für die Stahl- und Werftenindustrien.

Prozesspolitik

Das Stabilitätsgesetz verpflichtet den Staat, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen, um ein stabiles Preisniveau, angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern. Diesen Zielen dient die Prozesspolitik, bestehend aus der Geldpolitik der Zentralbank und der Fiskalpolitik (Politik der Staatseinnahmen und -ausgaben) von Bund, Ländern und Gemeinden.

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik des Staates dient dem Ziel, soziale Gerechtigkeit herzustellen und soziale Sicherheit zu garantieren. Beispiele dafür sind das Sozialversicherungssystem, Verbraucherschutzgesetze, Mieterschutzgesetze, das Arbeitsrecht, Mitbestimmungsgesetze oder die Förderung der Aus- und Weiterbildung. Verschiedene Regelungen dienen der Umverteilung der Einkommen zugunsten der geringer Verdienenden, so z. B. die progressive Besteuerung, Ausbildungsförderung, Wohngeld.

1.2 Der volkswirtschaftliche Kreislauf

1.2.1 Wirtschaftskreislauf in einer wachsenden offenen Volkswirtschaft und deren Faktoreinkommen

Wie eingangs erwähnt, produzieren die Unternehmen Güter zur Bedürfnisbefriedigung (Konsumgüter) und zur Produktion anderer Güter (Produktions- oder Investitionsgüter). Die Volkswirtschaftslehre versteht unter Produktion das Erstellen einer betrieblichen Leistung gleich welcher Art. Es werden also nicht nur Sachgüter produziert, sondern auch Dienstleistungen, wie z. B. Handelsleistungen, Transportleistungen, Versicherungen, Geld- und Kreditwesen.

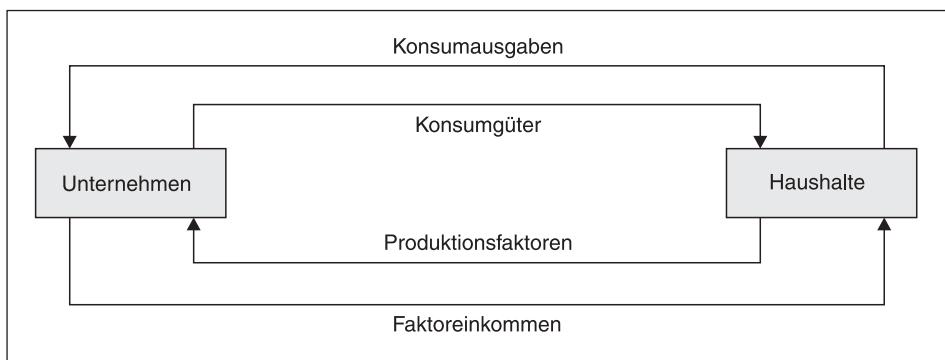
In einen Produktionsprozess gehen vielfältige Faktoren ein: So werden z. B. Gebäude benötigt sowie der Grund und Boden, auf denen die Gebäude stehen; ferner Maschinen, Rohstoffe und menschliche Arbeitskraft.

In einer Volkswirtschaft können verschiedene Arten von Produktionsfaktoren unterschieden werden. **Originäre** Produktionsfaktoren sind die menschliche Arbeit und die Natur (in der volkswirtschaftlichen Literatur häufig auch mit dem klassischen Begriff »Boden« bezeichnet). **Derivative** (abgeleitete) Faktoren sind das Kapital und das technologische Wissen. Unter Kapital versteht man in der Volkswirtschaft den Bestand an von Menschen hergestellten Produktionsgütern wie Maschinen, Anlagen, Materialien usw. Angesichts der großen Bedeutung technologischer Verfahren in der Produktion kann das technologische Wissen (anders als in der klassischen ökonomischen Literatur) als eigenständiger Produktionsfaktor betrachtet werden.

Im einfachen Wirtschaftskreislauf werden die Produktionsfaktoren den Unternehmen von den privaten Haushalten zur Verfügung gestellt. Die privaten Haushalte erhalten dafür Entgelt, die so genannten Faktorentgelte oder Faktoreinkommen. Für menschliche Arbeitsleistung werden Löhne, Gehälter, Honorare, Vergütungen usw. gezahlt; das Entgelt für den Produktionsfaktor Arbeit wird unter dem Begriff Löhne zusammengefasst. Für das Zurverfügungstellen von Kapital (bzw. von Geldmitteln, als Vorstufe zur Kapitalbildung) werden Zinsen gezahlt und Gewinne ausgeschüttet. Grund und Boden wird gegen Zahlung von Pacht zur Verfügung gestellt.

Die Unternehmen verkaufen die produzierten Güter an andere Unternehmen oder an die privaten Haushalte und erhalten dafür Geld in Höhe des Kaufpreises.

Man kann deshalb den Wirtschaftsprozess auch als einen doppelten Kreislauf darstellen, bestehend aus einem Güterkreislauf und einem Geldkreislauf.

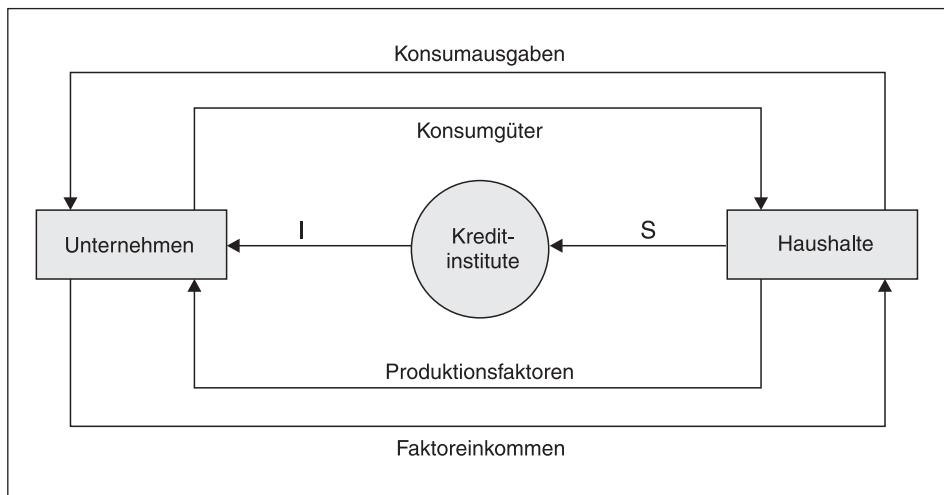


Der einfache Wirtschaftskreislauf in einer geschlossenen Volkswirtschaft (ohne Staat)

In diesem einfachen Modell wird angenommen, dass die Faktoreinkommen der privaten Haushalte vollständig für Konsumgüter ausgegeben werden. Die geschaffenen Werte fließen also in Form von Geld an die privaten Haushalte und über die Konsumausgaben an die Unternehmen zurück. Bezeichnen wir den Wert aller geschaffenen Güter mit Y und die Konsumausgaben mit C, so muss gelten:

$$Y = C$$

Im einfachen Wirtschaftskreislauf kann keine Entwicklung der Wirtschaft stattfinden, da nur Konsumgüter hergestellt und verbraucht werden. Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung sind Investitionen, also die Erschaffung oder Beschaffung von Produktionsgütern. Zur Finanzierung der Investitionen können die Unternehmen Kredite bei Kreditinstituten aufnehmen. Die Kreditinstitute erhalten die finanziellen Mittel dafür von den privaten Haushalten, denn diese können ihre Einkommen nicht nur für den Konsum verwenden, sondern auch sparen. Sparen ist also nichts anderes als Konsumverzicht. Dabei ist gleichgültig, ob die Ersparnisse in Sparguthaben, Wertpapieren oder anderen Formen angelegt werden (von dem gesamtwirtschaftlich nicht erheblichen »Horten« in Sparschweinen oder Sparstrümpfen sei hier abgesehen). Die Unternehmen können die finanziellen Mittel für Investitionen auch dadurch beschaffen, dass sie einen Teil der Gewinne nicht an die Gesellschafter ausschütten. Letztlich ist auch das eine Form des Sparsens, denn in diesem Falle verzichten die Gesellschafter darauf, ihren Gewinnanteil für Konsumzwecke auszugeben. Berücksichtigt man im Kreislaufmodell das Investieren und Sparen und zeichnet die Kreditinstitute als eigenständigen Sektor, so ergibt sich folgendes Bild:



Der erweiterte Wirtschaftskreislauf (ohne Staat, ohne Ausland; I = Investitionen, S = Ersparnisse)

Der Wert aller geschaffenen Güter (Y) setzt sich zusammen aus dem Wert der Konsumgüter (C) und dem Wert der Investitionsgüter (I). Die Einkommen der privaten Haushalte entsprechen dem Wert aller Güter (Y) und werden zum Konsumieren (C) und zum Sparen (S) verwendet. Es gelten die Gleichungen:

$$Y = C + I$$

$$Y = C + S$$

Das Gleichsetzen beider Gleichungen bei Elimination von C ergibt:

$$S = I$$

Beispiel:

Es werden Güter im Wert von 100 Mrd. Geldeinheiten (GE) produziert, und zwar Konsumgüter für 80 Mrd. GE und Investitionsgüter zu 20 Mrd. GE. Die privaten Haushalte erhalten als Faktoreinkommen (Löhne, Gewinne, Zinsen, Pachten) 100 Mrd. GE. Davon kaufen sie alle produzierten Konsumgüter im Wert von 80 Mrd. GE. Es verbleiben den Haushalten 20 Mrd. GE, die sie sparen.

In einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat müssen also Ersparnisse und Investitionen übereinstimmen. Sparen ist die Voraussetzung für Investitionen (also für die Entwicklung der Wirtschaft). Der erweiterte Wirtschaftskreislauf ist das einfachste Modell für eine evolutorische Wirtschaft.

In unserem Beispiel wurde davon ausgegangen, dass die privaten Haushalte alle hergestellten Konsumgüter kaufen werden, dass also ein volkswirtschaftliches Gleichgewicht herrscht. Allerdings wäre es schon ein außerordentlicher Zufall, wenn die Konsumpläne der privaten Haushalte mit den Produktionsplänen der Unternehmen vollständig übereinstimmen würden.

Gesetzt den Fall, die Haushalte planen, weniger Geld für Konsumgüter auszugeben und etwas mehr zu sparen: Dann werden die Unternehmen einen Teil der produzierten Konsumgüter nicht absetzen können. Es kommt zu einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht. Die Unternehmen werden auf die zu geringe Nachfrage mit Preissenkungen und Produktionseinschränkungen reagieren. Dabei könnte es zu Entlassungen und Abbau von Produktionskapazitäten kommen. (Formal stimmt die Gleichung $S = I$ nach wie vor, denn die unverkauften Güter bleiben auf Lager liegen und stellen so genannte Vorratsinvestitionen dar).

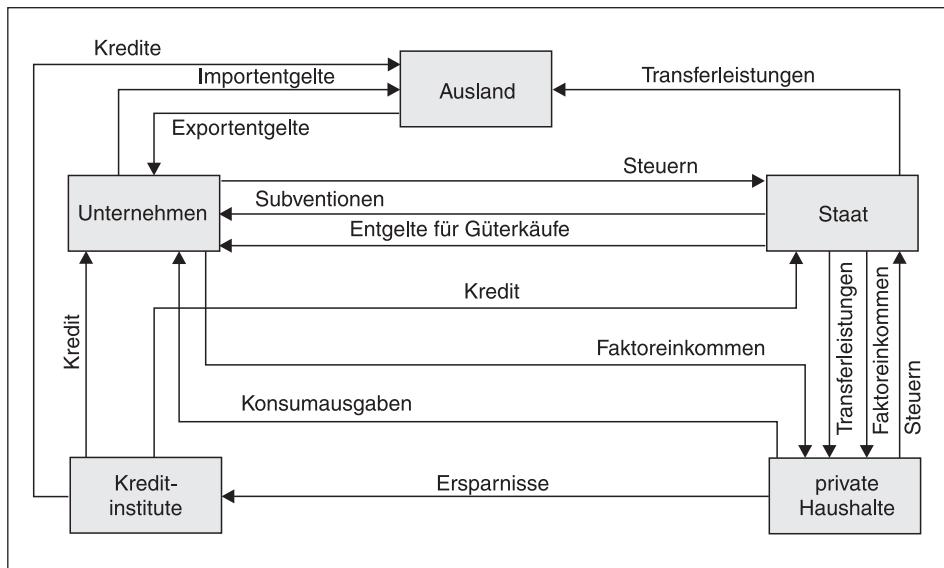
Die Unternehmen produzieren Konsumgüter im Wert von 80 Mrd. GE, die Haushalte wollen aber nur Konsumgüter im Wert von 70 Mrd. GE kaufen. Die Unternehmen können Konsumgüter im Wert von 10 Mrd. GE nicht absetzen. Den Ersparnissen von 30 Mrd. GE stehen jetzt Investitionen in Höhe von 30 Mrd. GE gegenüber, nämlich 20 Mrd. GE für Erweiterungsinvestitionen und 10 Mrd. GE für Vorratsinvestitionen.

Bleibt hingegen die Konsumgüterproduktion hinter den Konsumplänen der Haushalte zurück, so kommt es zu einer Übernachfrage, die nicht befriedigt werden kann. Die Unternehmen werden die Preise erhöhen und soweit wie möglich die Produktion erhöhen. (Auch in diesem Fall stimmt die Formel $S = I$, da die privaten Haushalte ihre Konsumwünsche nicht befriedigen können und zum Sparen »gezwungen« werden).

Das Ausgangsbeispiel wird wie folgt verändert: Die Haushalte wollen Konsumgüter im Wert von 90 Mrd. GE kaufen. Die Nachfrage kann jedoch nicht befriedigt werden, da nur Konsumgüter im Wert von 80 Mrd. GE produziert worden sind. Die Haushalte werden »gezwungen«, statt der geplanten 10 Mrd. GE nun 20 Mrd. GE zu sparen.

Mit Hilfe dieses einfachen Modells können wirtschaftliche Zusammenhänge bereits grob analysiert werden.

Erweitert man das Modell noch um den Staat und das Ausland, so sieht die Darstellung, wie folgt aus (auf die Darstellung der Güterströme wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet):



Erweiterter Wirtschaftskreislauf mit Staat und Ausland (nur Geldströme eingezzeichnet)

Es ist einzusehen, dass die wertmäßigen Zusammenhänge nun nicht mehr auf einfache Formeln reduziert werden können. Um die in der Realität existierenden Wertströme unserer Volkswirtschaft zu erfassen, hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden ein Instrumentarium geschaffen, welches mit dem Begriff »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« bezeichnet wird.

1.2.2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

1.2.2.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Mit Hilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden wichtige volkswirtschaftliche Größen wie Bruttonationaleinkommen, Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen berechnet. Diese **Kennzahlen** dienen zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf Grundlage der Daten der VGR ermitteln die Sachverständigen und die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für kommende Perioden. Die wirtschaftlichen Daten und die Prognosen sind Grundlage für politische Entscheidungen.

Das Statistische Bundesamt erfasst alle Geldströme in einem Kontensystem, ähnlich der doppelten Buchführung in einem Betrieb. Jedem Sektor der Volkswirtschaft (Unternehmen, Haushalte und Staat) werden Konten zugeordnet, in denen die ökonomischen Aktivitäten wertmäßig erfasst werden. Die geldmäßigen Beziehungen zum Ausland werden auf einem gesonderten Konto erfasst.

Seit 1999 wird die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in Deutschland nach dem »Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)« durchgeführt. Die Ergebnisse der Berechnungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind dadurch untereinander und im internationalen Maßstab besser vergleichbar geworden.

Bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts können grundsätzlich drei Ansätze verfolgt werden:

- ein Produktionsansatz: die Entstehungsrechnung,
- ein Ausgabenansatz: die Verwendungsrechnung,
- ein Einkommensansatz: die Verteilungsrechnung.

Entstehungsrechnung

Die Einkommen der privaten Haushalte entstehen in der Produktion. Sie werden an die Besitzer der Produktionsfaktoren als Faktorentgelte verteilt. Notwendig für die Entstehung von Einkommen ist ein Wertschöpfungsprozess. Die Wertschöpfung wird in mehreren Stufen vollzogen, wie folgendes Beispiel zeigt:

	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe	4. Stufe
	Erzgewinnung	Stahlerzeugung	Stahlverarbeitung	Handel
Bezug von Vorleistungen		1.000 €	1.500 €	2.000 €
Wertschöpfung	1.000 €	500 €	500 €	500 €
Produktionswert	1.000 €	1.500 €	2.000 €	2.500 €
Gesamte Wertschöpfung = Summe der Produktionswerte – Summe der Vorleistungen				

Mehrstufiger Wertschöpfungsprozess

Insgesamt ist in einem mehrstufigen Prozess also ein Wert von 2.500 geschaffen worden. Addiert man die Produktionswerte aller Betriebe und zieht die von anderen Betrieben empfangenen Vorleistungen ab, so erhält man die Bruttowertschöpfung einer Volkswirtschaft.

Das Statistische Bundesamt ermittelt aus Umfrageerhebungen und einer Vielzahl von Branchenstatistiken die Bruttowertschöpfung der folgenden Wirtschaftsbereiche:

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe,
- Baugewerbe,
- Handel, Verkehr, Gastgewerbe,
- Information und Kommunikation,
- Finanz- und Versicherungsdienstleister,
- Grundstücks- und Wohnungswesen,
- Unternehmensdienstleister,
- Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit,
- Sonstige Dienstleister.

Auf Grund der benutzten Rechenverfahren werden dabei auch Eigenleistungen am Bau, Trinkgelder und implizit Leistungen im Rahmen der »Schattenwirtschaft« (steuerlich nicht erfasste Leistungen) berücksichtigt. Selbstverrichtete Hausarbeiten gehören nicht zur Produktion.

Die Summe der auf diese Weise ermittelten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche wird noch korrigiert um die unterstellten Finanzserviceleistungen (die im Rahmen der Produktion Vorleistungen darstellen) und um den Nettowert der gezahlten Gütersteuern (nichtabziehbare Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchssteuern), welche in die Marktpreise der Güter einfließen.

Die Entstehungsrechnung erfolgt also nach folgendem Schema:

- Produktionswert
- Vorleistungen
- = Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
- unterstellte Finanzserviceleistungen
- = Bruttowertschöpfung (bereinigt)
- + Gütersteuern
- Gütersubventionen

- = **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Das Bruttoinlandsprodukt ist der Geldwert aller in einer Abrechnungsperiode im Inland hergestellten Güter (inkl. Dienstleistungen) abzüglich der dafür benötigten Vorleistungen.

Das Bruttoinlandsprodukt erfasst nur Leistungen, die im Inland erbracht wurden. Es werden aber auch Leistungen von Inländern im Ausland erbracht. Zum einen gibt es Grenzgänger, die im Ausland arbeiten. Außerdem könnten Inländer im Ausland investieren und Gewinneinkommen erhalten.

Inländer im volkswirtschaftlichen Sinne sind alle Personen, die im Wirtschaftsgebiet wohnen, unabhängig davon, welcher Nationalität sie angehören. Auf der anderen Seite gibt es Ausländer, die im Inland produktive Leistungen erbringen (Grenzgänger, Investoren) und damit zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. Die so erwirtschafteten Einkommen fließen aber ins Ausland.

Das Bruttoinlandsprodukt erfasst also diejenigen Einkommen, die im Inland erwirtschaftet werden, unabhängig davon, wem sie zugute kommen. Will man die Wertschöpfung erfassen, die von Inländern erbracht worden ist, so muss man zum Bruttoinlandsprodukt die Faktoreinkommen aus dem Ausland addieren und die Faktoreinkommen an das Ausland subtrahieren. Man erhält dann das Bruttonationaleinkommen (BNE):

$$\text{BNE} = \text{BIP} + \text{Faktoreinkommen aus dem Ausland} - \text{Faktoreinkommen an das Ausland}$$

Das Bruttonationaleinkommen ist der Geldwert aller in einer Abrechnungsperiode von Inländern hergestellten Güter (inkl. Dienstleistungen) abzüglich der dafür benötigten Vorleistungen.

Das Bruttoinlandsprodukt bezieht sich also auf die im Inland erbrachten wirtschaftlichen Leistungen (**Inlandskonzept**), während sich das Bruttonationaleinkommen auf die von Inländern erbrachten wirtschaftlichen Leistungen bezieht (**Inländerkonzept**).

Verwendungsrechnung

Das Statistische Bundesamt untersucht, für welche Zwecke das Bruttoinlandsprodukt verwendet wird, d. h. welche Art von Gütern in der Produktion hergestellt werden.

Dabei werden die folgenden Verwendungen unterschieden:

- Privater Konsum (CP),
- Staatskonsum (CS),
- Bruttoinvestitionen (I),
- Außenbeitrag (EX – IM).

Privater Konsum: Konsumausgaben privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Staatlicher Konsum: Geldwert aller Leistungen, die der Staat unentgeltlich zur Verfügung stellt (z. B. Schaffung von Infrastruktur, Sozialleistungen, Polizei, Militär, Gerichtswesen, Verwaltung usw.). Leistungen der staatlichen Dienstleistungsbetriebe (Strom, Wasser, Elektrizität) werden hier nicht erfasst, da das Statistische Bundesamt diese Betriebe im Sektor »Unternehmen« erfasst. Da für die unentgeltlichen Leistungen des Staates kein Marktpreis existiert, wird der Geldwert des staatlichen Konsums durch die Kosten erfasst, die der Staat dafür aufbringen muss.

Bruttoinvestitionen: Die Bruttoinvestitionen setzen sich zusammen aus Re-Investitionen (Ersatzinvestitionen), die zum Ersatz verbrauchter Investitionsgüter dienen, und Neuinvestitionen (Nettoinvestitionen, Erweiterungsinvestitionen), die den Bestand an Investitionsgütern erweitern. Die Investitionen werden unterschieden in Anlage- und Vorratsinvestitionen.

Außenbeitrag: Der Außenbeitrag erfasst den Wert aller Güter (inkl. Dienstleistungen), die exportiert werden, abzüglich des Wertes aller importierten Güter.

Verteilungsrechnung

Der Gegenwert der produzierten Leistungen wird auf die Wirtschaftssubjekte verteilt. Mit den Einnahmen für die verkauften Leistungen müssen die Unternehmen zunächst alle Kosten decken: nämlich Kosten für verbrauchte Rohstoffe und Materialien (Vorleistungen), Kosten für den Werteverzehr bei Maschinen und Anlagen (Abschreibungen), indirekte Steuern (abzüglich staatlicher Subventionen, welche die Unternehmen erhalten), Löhne und Gehälter, Zinsen für Kredite.

Der Einnahmenüberschuss ist der Gewinn, welcher den Inhabern der Unternehmen zusteht. Da die Vorleistungen definitionsgemäß abgezogen werden (s. o.), setzt sich das Bruttonationaleinkommen von der Verteilungsseite aus folgenden Größen zusammen:

- Abschreibungen (D),
- indirekte Steuern abzgl. Subventionen (TIND),
- Löhne und Gehälter von Inländern (L),
- Zinsen und Gewinne von Inländern (G).

Die Verteilungsrechnung wird vom Statistischen Bundesamt auf Grund unvollständigen Datenmaterials nicht zur Ermittlung des BNE genutzt.

Ein Teil des Bruttonationaleinkommens dient dem Ersatz verbrauchter Investitionsgüter.

Dieser Wert wird durch Abschreibungen erfasst. zieht man vom Bruttonationaleinkommen die Abschreibungen ab, so erhält man das Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen (NNEM). Das Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen erfasst also alle von Inländern in einer Abrechnungsperiode neu geschaffenen Werte bewertet zu Marktpreisen. zieht man die indirekten Steuern ab und addiert die Subventionen, so erhält man das **Volkseinkommen** (Y) – siehe hierzu noch Abschnitt 1.2.2.2:

$$\text{NNEM} = \text{BNE} - D$$

$$Y = \text{BNE} - D - TIND = L + G$$

Zusammenfassend kann man die Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts (mit Zahlenbeispielen für 2015) wie folgt darstellen:

Entstehung		Verwendung		Verteilung	
	Mrd. €		Mrd. €		Mrd. €
+ Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15,028	+ privater Konsum	1.633,388	+ Arbeitnehmerentgelte (Inland)	1.540,279
+ Produzierendes Gewerbe	829,266	+ staatlicher Konsum	586,690	+ Betriebsüberschuss/Selbstständigen-einkommen (Inland)	654,037
+ Dienstleistungsbereiche	1.878,363	+ Bruttoinvestitionen ± Vorratsveränderungen	569,724	+ Prod.- und Importabgaben abzgl. Subventionen	300,434
+ Gütersteuern – Gütersubventionen	303,243	+ Außenbeitrag	236,098	+ Abschreibungen	531,155
Summe	3.025,900	Summe	3.025,900	Summe	3.025,900

Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2015 (in jeweiligen Preisen)

$$\begin{aligned}
 \text{Bruttoinlandsprodukt} & & 3.025,900 \text{ Mrd. €} \\
 + \text{Saldo der Einkommen aus der übrigen Welt} & & 65,600 \text{ Mrd. €} \\
 = \text{Bruttonationaleinkommen} & & 3.091,500 \text{ Mrd. €}
 \end{aligned}$$

(Quelle: Statistisches Bundesamt www.destatis.de und eigene Berechnungen)

1.2.2.2 Einkommensverteilung und Einkommensumverteilung; Volkseinkommen

Die Einkommen sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von Produktionsfaktoren.

Dementsprechend kann man folgende Einkommensarten unterscheiden:

- **Lohn- und Gehaltseinkommen** sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von unselbstständiger Arbeit.
- **Pachteinkommen** sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von Grund und Boden. In der Volkswirtschaft wird diese Einkommensart auch als Grundrente (Bodenrente) bezeichnet.
- **Gewinn- und Zinseinkommen** sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von Kapital. Der Kapitalanteil, den die Inhaber bzw. Gesellschafter eines Unternehmens zur Verfügung stellen, heißt Eigenkapital. Die Gesellschafter erhalten dafür den Gewinn. Der Kapitalanteil, den Kreditgeber zur Verfügung stellen, heißt Fremdkapital. Die Gläubiger erhalten dafür Zinsen.

Das Statistische Bundesamt fasst Gewinneinkommen, Zinserträge, Mieten und Pachten zusammen als Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Löhne und Gehälter werden zusammengefasst als Arbeitnehmerentgelt.

Einkommen (2014)	Mrd. €
Volkseinkommen	2.176,19
darunter Arbeitnehmerentgelt	1.485,29
darunter Unternehmens- und Vermögenseinkommen	690,90

(Quelle: wie zuvor)

Die funktionale Einkommensverteilung zeigt die Verteilung der Einkommen auf die Produktionsfaktoren.

Dabei interessieren insbesondere die Lohnquote und die Gewinnquote:

- **Lohnquote:** Prozentualer Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen;
- **Gewinnquote:** Prozentualer Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen.

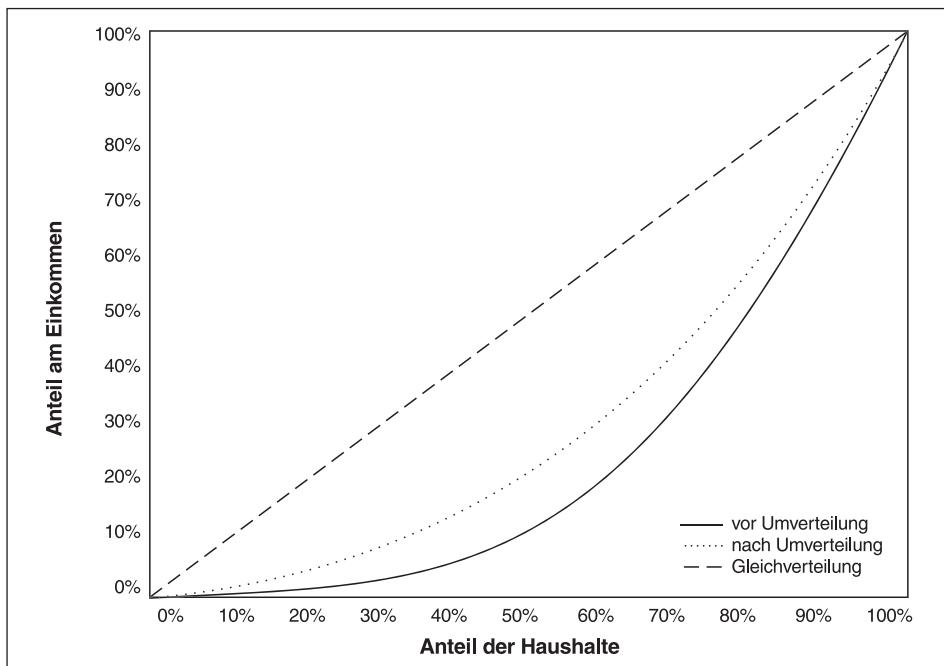
Die personale Einkommensverteilung zeigt die Verteilung des Volkseinkommens auf die Haushalte. Primär wird das Volkseinkommen in Form der Faktoreinkommen auf den Märkten verteilt. Danach findet allerdings eine Umverteilung durch den Staat statt (sekundäre Einkommensverteilung).

Von den Bruttoeinkommen müssen direkte Steuern (Einkommensteuer, u. a.) sowie gesetzliche Sozialleistungen an den Staat abgeführt werden. Vom Staat erhalten die berechtigten Haushalte so genannte **Transferleistungen** (Wohngeld, Arbeitslosengeld I + II, Renten, Kindergeld). Der Saldo aus Bruttoeinkommen und Transferleistungen einerseits und Steuern sowie Sozialabgaben andererseits ist das verfügbare Einkommen der Haushalte.

Das verfügbare Einkommen verwenden die Haushalte zum Konsumieren und zum Sparen:

- **Konsumquote:** Prozentualer Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen;
- **Sparquote:** Prozentualer Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen.

Die sekundäre Einkommensverteilung dient der sozial gerechteren Verteilung der primär erzielten Einkommen auf die Haushalte. Durch die Umverteilung werden der prozentuale Anteil der Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen sowie der prozentuale Anteil der Haushalte mit sehr hohem Einkommen deutlich verringert. Die Struktur der Einkommensverteilung lässt sich graphisch durch eine **Lorenzkurve** darstellen.



Lorenzkurve der Einkommensverteilung

Die Lorenzkurve der Einkommensverteilung zeigt, welcher Anteil der gesamten Einkommen der Haushalte auf einen bestimmten Anteil der Haushalte entfällt. Auf der Ordinate sind die kumulierten Prozentwerte der Haushaltseinkommen abgetragen, auf der Abszisse die kumulierten Prozentwerte der Anzahl der Haushalte.

Eine Gleichverteilung der Einkommen auf die Haushalte würde in dieser Darstellung eine Diagonale ergeben. Die tatsächliche Lorenzkurve ist unterhalb dieser Geraden gekrümmmt. Je stärker die Krümmung von der Diagonalen abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen auf die Haushalte verteilt. Die Fläche zwischen der Diagonalen und der Kurve ist also ein Maß für die »Ungleichverteilung«. Aus der Grafik ergibt sich nach der sekundären Verteilung der Einkommen eine Annäherung der Lorenzkurve an die Diagonale.

1.2.2.3 Das Bruttonationaleinkommen als Wohlstandsindikator

Da das Bruttonationaleinkommen die Wertschöpfung in einer Abrechnungsperiode erfasst, kann es als ein Maßstab für die Entwicklung des Wohlstandes einer Gesellschaft aufgefasst werden. Allerdings wäre es falsch, das BNE als hinreichendes Kriterium für den Wohlstand zu betrachten.

Beispiele:

Die Höhe des Bruttonationaleinkommens sagt noch nichts über die Verteilung der Einkommen aus. Es gibt Länder mit hohem Nationaleinkommen, in denen in Teilen der Bevölkerung Armut herrscht.

Unentgeltliche Leistungen werden im Bruttonationaleinkommen nicht erfasst, obwohl sie erheblich zum Wohlstand einer Gesellschaft beitragen. Dazu gehören z. B. die Hausarbeit, karitative Tätigkeit, Nachbarschaftshilfe usw.

Auf der anderen Seite führen Leistungen, die dazu dienen, Katastrophenschäden zu beseitigen, zu einer Steigerung des Bruttonationaleinkommens, offensichtlich mehren sie aber keinesfalls den Wohlstand.

Bestimmte Faktoren, die unseren Wohlstand betreffen, werden im Bruttonationaleinkommen gar nicht erfasst, wie z. B. Umweltzerstörung, Veränderung der Lebensqualität u. ä.

Um den Wohlstand einer Gesellschaft zu beurteilen, reichen also wirtschaftliche Kennzahlen nicht aus. Sie stellen lediglich einen Teilaspekt der gesellschaftlichen Realität dar.

1.2.3 Außenwirtschaftsbeziehungen in der Zahlungsbilanz und ihren Teilbilanzen

Die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern werden in der Zahlungsbilanz erfasst. Diese wird von der Bundesbank erstellt.

Die Gliederung der erfassten Transaktionen gibt nachfolgende Abbildung schematisch wieder:

Zahlungsbilanz	Leistungsbilanz	Warenhandel
		Dienstleistungen
		Primäreinkommen
		Sekundäreinkommen
	Vermögensänderungsbilanz	
	Kapitalbilanz	Kapitalverkehrsbilanz
		Devisenbilanz/Veränderung Währungsreserven
Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen		

Die Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz gliedert sich in die Teilbilanzen

1. Leistungsbilanz
2. Vermögensänderungsbilanz
3. Kapitalbilanz

Die **Leistungsbilanz** erfasst den Export und Import von Waren und Dienstleistungen. Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Produktions- und Importabgaben werden als Primäreinkommen erfasst. Regelmäßige Übertragungen ohne direkte Gegenleistung, z. B. Beiträge zu internationalen Organisationen, werden als Sekundäreinkommen erfasst.

Ist der Saldo der gesamten Leistungsbilanz positiv, so spricht man von einem Leistungsbilanzüberschuss, bei einem negativen Saldo von einem Leistungsbilanzdefizit.

In der **Vermögensänderungsbilanz** werden einmalige Übertragungen von Inländern an Ausländer und umgekehrt erfasst, z. B. Erbschaften und Schenkungen.

Die **Kapitalbilanz** erfasst den Kapitalverkehr zwischen Inländern und Ausländern, beispielsweise durch Vergabe von Krediten und Investitionen. Außerdem wird in der Kapitalbilanz die Veränderung der Nettoauslandsaktiva erfasst, dabei handelt sich im Wesentlichen um die Devisenreserven.

Überschüsse in der Leistungsbilanz, der Vermögensänderungsbilanz und der Kapitalverkehrsbilanz führen zu einer Zunahme der Devisenbestände, womit die Teilbilanzen insgesamt untereinander immer ausgeglichen sind.

Positionen, die sich **statistisch nicht aufgliedern** lassen, werden gesondert erfasst.

1.2.4 Geldversorgung der Wirtschaft

1.2.4.1 Geldarten

Menschen brauchen Geld, um Güter zu kaufen und erhalten Geld für den Verkauf von Gütern. In diesem Fall dient Geld als **Tauschmittel**, denn es ist ein Gut, welches allgemein als Tauschobjekt für Güter aller Art anerkannt ist. Geld dient also dazu, den Austausch der produzierten Güter zu vereinfachen. Darüber hinaus wird der Vermögensbestand von Personen und Betrieben in Geldeinheiten bewertet, um die verschiedenen Vermögen überhaupt miteinander vergleichbar zu machen. Hier dient das Geld als **Recheneinheit**. Geld kann auch aufbewahrt werden; in »Sparstrümpfen«, Tresoren, auf Girokonten oder Sparkonten wird es für spätere Verwendungen aufgehoben. Geld ist also auch **Wertaufbewahrungsmittel**.

Das Bedürfnis nach einem allgemein anerkannten Tauschmittel entstand historisch erst mit zunehmender Bedeutung der Warenwirtschaft. In der Urgesellschaft der Sammler und Jäger hatte der Tausch keine große Bedeutung. Die Jagdbeute und gesammelten Pflanzen wurden unmittelbar von den Familien verbraucht, die benötigten Werkzeuge selbst hergestellt. Erst mit der Arbeitsteilung und Spezialisierung von Menschen auf bestimmte Tätigkeiten wurde der Austausch von Gütern nötig. Zunächst fand dieser Austausch spontan, Gut gegen Gut, statt. Mit zunehmender Arbeitsteilung wurde dieser spontane Warentausch schwieriger, da zwangsläufig multilaterale Beziehungen an die Stelle der zweiseitigen »Zug-um-Zug-Geschäfte« treten mussten. Es gab keine einheitliche Bemessungsgrundlage für den Wert der Güter. Nach und nach begannen in den verschiedenen Kulturen besondere Güter eine hervorgehobene Stellung zu entwickeln, da sie von allen am Handel Beteiligten als Tauschobjekte anerkannt wurden und sich eine allgemeine Vorstellung von ihrem Wert durchsetzte. Beispiele sind Muscheln, Getreide oder auch Vieh, also **Warengeld**. Einige Güter hatten den Vorteil, dass sie im Verhältnis zu ihrer Größe hohen Wert hatten, beliebig teilbar waren und nicht mit der Zeit an Wert verloren, nämlich Gold und Silber. Weltweit setzten sich diese Edelmetalle als allgemeine Tauschäquivalente durch. Um nicht bei jedem Handelsgeschäft die Gold- oder Silbermenge abwiegen zu müssen, begann man einheitliche Gewichtsstücke herzustellen und den Wert einzuprägen – das **Münzgeld** war entstanden. Kaufleute, die viel Münzgeld besaßen, lagerten dieses bei anderen Kaufleuten und erhielten dafür Berechtigungsscheine, die selbst Tauschobjekt wurden. So entstand das **Papiergegeld** und zugleich das Betätigungsgebiet der Banken.

Heute wird Münzgeld, Papiergegeld und Buchgeld benutzt. **Buchgeld (Giralgeld)** ist Geld, das auf Konten der Kreditinstitute existiert. Es kann durch Überweisungen oder Schecks übertragen werden. Die umlaufenden Geldmittel sind in den modernen Wirtschaften der Gegenwart nicht mehr durch Goldreserven gedeckt. Vielmehr stellen sie eine »Anweisung auf das Nationaleinkommen« dar. Der Geldbesitzer hat einen Anspruch auf einen bestimmten Anteil des Nationaleinkommens.

1.2.4.2 Geldschöpfung

Zentrale Rolle im Geld- und Kreditwesen spielt das System der **Europäischen Zentralbanken (ESZB)**. Das ESZB besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt und den nationalen Zentralbanken der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Damit ist auch die Deutsche Bundesbank Mitglied des ESZB.

Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit es ohne Beeinträchtigung dieses Ziels möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Das ESZB handelt im Einklang mit den Grundsätzen einer offenen Marktwirtschaft.

Die wichtigsten Aufgaben des ESZB sind:

- Festlegung und Ausführung der Geldpolitik der Gemeinschaft,
- Durchführung von Devisengeschäften,
- Haltung und Verwaltung von offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten,
- Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme.

Das ESZB ist **unabhängig** von den nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten und von Organen der Europäischen Union.

Geschäftsbanken sind private Kreditinstitute, die Kredite gewähren, Einlagen entgegennehmen, Handel mit Wertpapieren betreiben und Dienstleistungen bei der Abwicklung des Geldverkehrs übernehmen.

Neben den Banken spielen im Kreditwesen auch die Versicherungen eine wichtige Rolle.

Die Zentralbank versorgt die Geschäftsbanken mit Münz-, Noten- oder Buchgeld, indem sie Wertpapiere, Gold und Devisen ankauf oder Kredite vergibt. Dadurch wird Geld in Umlauf gebracht. Dieser Vorgang wird **primäre Geldschöpfung** genannt. Durch den Verkauf von Wertpapieren, Gold oder Devisen oder die Rückgewährung von Darlehen durch die Geschäftsbanken wird Geld dem Umlauf entzogen. Die Zentralbank kann auf diese Weise die Menge des umlaufenden Geldes direkt beeinflussen.

Daneben gibt es einen **sekundären Geldschöpfungsprozess**, in dem die Geschäftsbanken die primär geschaffene Geldmenge durch Kreditvergabe vermehren. Einlagen von Kunden bei den Geschäftsbanken werden genutzt, um Kredite an andere Kunden zu vergeben. Allerdings können die Einlagen nicht in voller Höhe zur Kreditvergabe genutzt werden. Die Geschäftsbanken sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz der Einlagen ihrer Kunden bei der Zentralbank als so genannte Mindestreserve zu hinterlegen. Die Mindestreservesätze für die verschiedenen Arten von Einlagen werden vom ESZB festgelegt und dienen dazu, die sekundäre Geldschöpfung zu regulieren.

Einen weiteren Teil der Einlagen ihrer Kunden halten die Geschäftsbanken als Liquiditätsreserven zurück, um Barauszahlungen leisten zu können. Die gewährten Kredite benutzen die Bankkunden, um Zahlungen zu leisten. Diese Zahlungen führen zu weiteren Einlagen bei Geschäftsbanken, welche wiederum (abzüglich der Mindestreserve und der Liquiditätsreserve) zur Vergabe von Krediten genutzt werden. Auf diese Weise wird ein ursprünglicher Geldbetrag durch Vergabe von Krediten vermehrt. Man nennt diesen Vorgang auch **multiplen Girogeldschöpfungsprozess**.

Beispiel:

Herr A legt 10.000 € bei seiner Bank A als Einlage an. Angenommen, der Kassenreservesatz (Mindestreserve und Liquiditätsreserve zusammen) läge bei 10 %, dann könnte Bank A 9.000 € als Kredit an den Kunden B vergeben. Der Kunde B kauft sich dafür einen Gebrauchtwagen und überweist das Geld auf das Konto des Gebrauchtwagenhändlers bei der Bank B. Die Bank B hält wiederum 10 % zurück und vergibt 8.100 € an den Kunden C, der sich dafür Möbel kauft und das Geld auf das Konto des Möbelhändlers bei Bank C überweist. Zu der Einlage bei der A-Bank über 10.000 sind Einlagen bei der B-Bank über 9.000 € und bei der C-Bank über 8.100 € hinzugekommen.

Die folgende Tabelle veranschaulicht den sekundären Geldschöpfungsprozess:

Kreditinstitut	Sichteinlage	Kassenreserve	Kreditvergabe
Bank A	10.000	1.000	9.000
Bank B	9.000	900	8.100
Bank C	8.100	810	7.290
Bank D	7.290	729	6.561
usw.	usw.	usw.	usw.

Sekundärer Geldschöpfungsprozess

Dieser Prozess kann theoretisch fortgesetzt werden, bis die ursprüngliche Geldmenge durch den Abzug der Kassenreserve aufgebraucht ist. Aus ursprünglich 10.000 entstehen dann:

$10.000 + 9.000 + 8.100 + 7.290 + \dots = 100.000$. Die ursprüngliche Geldmenge hat sich verzehnfacht.

Der Geldschöpfungsmultiplikator kann wie folgt errechnet werden:

$$\text{Geldschöpfungsmultiplikator} = \frac{1}{\text{Kassenreservesatz}}$$

Beispiele:

$$\text{Kassenreservesatz} = 10 \% = 0,1 \quad \text{Geldschöpfungsmultiplikator} = 1/0,1 = 10$$

$$\text{Kassenreservesatz} = 20 \% = 0,2 \quad \text{Geldschöpfungsmultiplikator} = 1/0,2 = 5$$

In der Realität wird der sekundäre Geldschöpfungsprozess außer durch die Mindestreserve und die Liquiditätsreserve dadurch gebremst, dass bei der Kreditvergabe auch Bargeld in Umlauf kommt (welches dem Girogeldschöpfungsprozess entzogen wird) und nicht immer genügend Kreditnachfrager vorhanden sind, um den Geldschöpfungsprozess beliebig fortzusetzen.

Die Geldschöpfung hängt also ab von folgenden Faktoren:

- Freie Zentralbankgeldmenge,
- Mindestreservesätze der Zentralbank
- Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken,
- Barabflüsse und
- Kreditnachfrage.

1.2.4.3 Geldmengen

Durch die primäre und sekundäre Geldschöpfung entsteht die umlaufende Geldmenge.

Die Zentralbank definiert als Geldmenge drei Größen:

- Geldmenge **M 1**: Bargeldumlauf und Sichteinlagen von Nichtbanken bei den Monetären Finanzinstituten (Kreditinstitute, Bausparkassen, Geldmarktfonds).
- Geldmenge **M 2**: Geldmenge M 1 + Termineinlagen bis zu zwei Jahren und Einlagen mit einer Kündigungsfrist bis zu drei Monaten (Spareinlagen).
- Geldmenge **M 3**: Geldmenge M 2 + Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlichkeiten, Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren.